

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2014

hauptstadt magazin



Gespräch mit dem Innensenator:
Besoldung nachbessern!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %



0, Euro¹⁾ Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Abruf-Dispokredit¹⁾ 6,99 % Sollzinssatz (veränderlich) p. a.²⁾

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	7,18 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von max. 75.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an (Verlängerung möglich).

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

www.bezuegekonto.de oder
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

+ 30,- Euro Startguthaben über das



DEUTSCHES INSTITUT FÜR SERVICE-QUALITÄT GmbH & Co. KG

1. PLATZ

Bank des Jahres

Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung
Nov. 2013
6 Filialbanken

www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



Foto: Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Dauerthema Besoldung stand im vergangenen Monat einmal mehr im Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Der dbb berlin hat dem Innensenator in einer ausführlichen Stellungnahme zum Anpassungsgesetz 2014/2015 mit harten Zahlen und Fakten ins Stammbuch geschrieben, dass mit den vorgesehenen Prozentsätzen kein Besoldungsrückstand aufzuholen ist. Auch beim turnusmäßigen Grundsatzgespräch mit dem Innensenator zählten Nachbesserungen bei der Besoldung zu den Kernforderungen, die der dbb berlin im Übrigen auch künftig lautstark auf das Tapet bringen wird, bis die Verantwortlichen endlich Einsicht zeigen und die Schäden ihrer verfehlten Besoldungspolitik erkennen.

Einsicht gezeigt hat zumindest schon einmal die Berliner SPD, und zwar in Sachen Personalabbau: Bei ihrem Parteitag im Mai vollzog sie jedenfalls einen Sinneswandel und verabschiedete sich endlich von der viel zu geringen Zielzahl von 100.000 Beschäftigten im Berliner öffentlichen Dienst. Als habe es noch eines weiteren Beweises für die schon jetzt unerträgliche Personalsituation im Landesdienst bedurft, die auch in diesem Heft in dem Beitrag „Staatsdiener am Limit“ aufgegriffen wird, hat kurz darauf ein spektakulärer Ausbruch aus der JVA Moabit unterstrichen, wie es um die personelle Ausstattung im gesamten Berliner Strafvollzug bestellt ist.

In einem Schreiben an Justizsenator Thomas Heilmann hat der BSBD Berlin unter Hinweis auf die personellen Probleme im Strafvollzug unterdessen seine konstruktive Mitarbeit bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten angeboten, die einen modernen Justizvollzug auch über das Jahr 2020 hinaus sicherstellen. Zur jetzigen Situation heißt es wörtlich in dem Schreiben: „Täglich sind dutzende Dienstposten nicht besetzt, Vertretungsregelungen greifen nicht mehr und Ersatzpersonal ist nicht vorhanden. Das betrifft nicht nur den allgemeinen Vollzugsdienst, sondern auch die Verwaltung, den Werkdienst usw.“

Apropos Strafvollzug – der BSBD Berlin hat eine neue Führungsspitze gewählt, der unsere besten Glück- und Erfolgswünsche für ihre künftige Arbeit gelten. Auch über Forderungen, Aktivitäten und Anliegen unserer anderen Fachgewerkschaften informieren wir natürlich in Wort und Bild.

Unser Titelfoto zeigt schließlich das alte Stadthaus in Berlin-Mitte, das auch Sitz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen
Ihr

Frank Becker
Landesvorsitzender dbb berlin

Gesetzentwurf lässt „Besoldungslücke“ weiter anwachsen

dbb berlin: Nachbesserungen unerlässlich!

Die im Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2014/2015 vorgesehene Erhöhung der Bezüge kann zwar zu einer geringfügigen realen Einkommensverbesserung führen, ist jedoch keinesfalls ausreichend, um die langjährigen, massiven realen Einkommensverluste der Berliner Beamten und Versorgungsempfänger auch nur annähernd auszugleichen. Das hat der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) in einer Stellungnahme gegenüber dem Innensenator kritisiert. Nachbesserungen seien daher – auch um den öffentlichen Dienst des Landes Berlin im immer härteren Nachwuchswettbewerb konkurrenzfähig zu gestalten – unerlässlich.

Mit den beabsichtigten Besoldungserhöhungen ab 1. August 2014 und 1. August 2015 um jeweils 2,5 Prozent (2,7 Prozent abzüglich der Minderung durch die Zuführung zur Versorgungsrücklage), wird nach Feststellung des dbb berlin die bereits eingetretene dauerhafte Abkopplung des Landes vom Besoldungsniveau des Bundes und der übrigen Bundesländer sogar noch anwachsen. Gegenwärtig beziffert der Senat selbst die Besoldungslücke bereits auf durchschnittlich sieben Prozent.

Besoldungspolitische Versäumnisse seit 2006

Konkret sehen die besoldungspolitischen Versäumnisse des Senats, wie der dbb berlin in seiner Stellungnahme auflistet, folgendermaßen aus:

- › In den Jahren 2005 bis 2009 machte das Land von seiner Besoldungskompetenz lediglich durch langjährige lineare Nullrunden bzw. Einmalzahlungen in Höhe von 300 Euro Gebrauch.
- › Auch im Jahr 2010 wurde nicht durch entsprechend höhere Anpassungen wieder zum sogenannten Besoldungsdurchschnitt aufgeschlossen. Stattdessen vergrößerte sich der Abstand erneut durch eine Anpassung von nur jeweils 1,5 Prozent ab 1. August 2010, 2,0 Prozent zum 1. August 2011 und 2012. Demgegenüber gewährten alle anderen Länder 2009/2010 Erhöhungen ab 1. März 2009 in Höhe von 3,0 Prozent (Hessen ab 1. April 2009) zuzüglich eines Sockels von 20 Euro beziehungsweise 40 Euro, ab 1. März 2010 in Höhe von 1,2 Prozent, von 1,5 Prozent im Laufe des Jahres 2011 beziehungsweise 1,9 Prozent zuzüglich eines Sockels von 17 Euro. Verstärkt wurden die bereits bestehenden Besoldungsverluste noch durch die in unterschiedlicher Höhe gewährten Sonderzahlungen.
- › Die sich seit 2006 kontinuierlich vergrößernde Besoldungslücke wuchs auch im Jahr 2013 weiter an,

und zwar um die durchschnittliche Besoldungserhöhung von 2,45 Prozent in den Ländern. Für das Jahr 2014 schließlich sehen die Landes Anpassungsgesetze eine durchschnittlich 2,95-prozentige Steigerung vor.

Dauerhafte Abkopplung verhindern!

Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, so der dbb berlin in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzentwurf, wie mit Besoldungsanpassungen von 2,5 Prozent die bestehende Besoldungslücke geschlossen oder auch nur verringert werden kann.

Tatsache ist vielmehr, wie auch vier Beispielrechnungen des dbb (siehe Kasten) schwarz auf weiß nachweisen, dass die monatlichen Besoldungsdifferenzen noch weiter ansteigen werden.

Um eine dauerhafte Abkoppelung der Besoldung des Landes Berlin zu vermeiden und den bereits jetzt stattfindenden Abwanderungsbewegungen wirkungsvoll zu begegnen, fordert der dbb berlin deshalb unverzüglich folgende Nachbesserungen:

- › Die beabsichtigte Erhöhung muss – am besten rückwirkend, spätestens aber mit den jetzigen Schritten ab dem Jahr 2015 – mindestens auf jährlich drei beziehungsweise 3,5 Prozent angehoben werden, damit sich die Besoldungsdifferenzen verkleinern.
- › Im Gesetz ist festzuschreiben, dass spätestens bis 2017 eine vollständige Anpassung des Besoldungsniveaus an das des Bundes und der übrigen Länder vorgenommen wird.
- › Die Anwärterbezüge, die jungen Menschen keinen Anreiz mehr bieten, sich für eine Beamtenlaufbahn zu entscheiden, müssen dringend nachgebessert werden.

Nur so habe Berlin im Wettbewerb – auch mit den anderen Ländern und dem Bund – um qualifizierten Nachwuchs überhaupt eine Chance. Aber auch den vorhandenen Beamtinnen und Beamten würde eine Perspektive für den Abbau der von ihnen erbrachten

Sonderopfer gegeben, vor allem aber würde ihnen damit endlich die gleiche Wertschätzung und finanzielle Anerkennung für den von ihnen erbrachten Dienst wie in den anderen Bundesländern zuteil werden. ■

Besoldungsrückstand in Euro und Prozent

An den monatlichen Grundgehaltsbeträgen einer/es ledigen Beamtin/en ohne Kinder im Jahr 2014 lässt sich der Besoldungsrückstand überdeutlich ablesen. Anhand dieser Beträge, die zudem die Sonderzahlung im Land Berlin und Bayern noch nicht berücksichtigt, wird deutlich, dass sich die Differenzen im Ländervergleich (hier Bayern, Brandenburg und Hamburg) nicht nur auf sieben Prozent, sondern im Gegenteil auf mindestens vier Prozent und bis zu über 15 Prozent belaufen.

Gebietskörperschaft	Besoldungsgruppe					
	Eingangssamt A 6	Endamt A 6	Eingangssamt A 9	Endamt A 9	Eingangssamt A 13	Endamt A 13
Bund (1.3.2014 Entwurf)	2.107,80	2.576,09	2.526,38	3.267,46	3.886,16	4.996,49
Bayern (1.1.2014)	2.042,66	2.500,17	2.312,33	3.037,19	3.777,32	4.664,59
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	1.790,50	2.225,59	2.115,75	2.807,85	3.337,86	4.340,29
Brandenburg (1.7.2014)	1.911,77	2.412,36	2.248,34	2.953,30	3.511,31	4.535,98
Hamburg (1.1.2014)	2.102,94	2.496,25	2.419,77	3.065,01	3.738,65	4.668,73

Gebietskörperschaft	Besoldungsgruppe					
	Eingangssamt A 6	Endamt A 6	Eingangssamt A 9	Endamt A 9	Eingangssamt A 13	Endamt A 13
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	1.790,50 €	2.225,59 €	2.115,75 €	2.807,85 €	3.337,86 €	4.340,29 €
Bayern (1.1.2014)	2.042,66 €	2.500,17 €	2.312,33 €	3.037,19 €	3.777,32 €	4.664,59 €
Besoldungsunterschied Berlin zu Bayern in Euro						
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	-252,16 €	-274,58 €	-196,58 €	-229,34 €	-439,46 €	-324,30 €
Besoldungsunterschied Berlin zu Bayern in Prozent						
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	12%	11%	9%	8%	12%	7%

Gebietskörperschaft	Besoldungsgruppe					
	Eingangssamt A 6	Endamt A 6	Eingangssamt A 9	Endamt A 9	Eingangssamt A 13	Endamt A 13
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	1.790,50	2.225,59	2.115,75	2.807,85	3.337,86	4.340,29
Brandenburg (1.7.2014)	1.911,77	2.412,36	2.248,34	2.953,30	3.511,31	4.535,98
Besoldungsunterschied Berlin zu Brandenburg in Euro						
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	-121,27 €	-186,77 €	-132,59 €	-145,45 €	-173,45 €	-195,69 €
Besoldungsunterschied Berlin zu Brandenburg in Prozent						
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	6%	8%	6%	5%	5%	4%

Gebietskörperschaft	Besoldungsgruppe					
	Eingangssamt A 6	Endamt A 6	Eingangssamt A 9	Endamt A 9	Eingangssamt A 13	Endamt A 13
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	1.790,50	2.225,59	2.115,75	2.807,85	3.337,86	4.340,29
Hamburg (1.1.2014)	2.102,94	2.496,25	2.419,77	3.065,01	3.738,65	4.668,73
Besoldungsunterschied Berlin zu Hamburg in Euro						
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	-312,44	-270,66	-304,02	-257,16	-400,79	-328,44
Besoldungsunterschied Berlin zu Hamburg in Prozent						
Berlin (1.8.2014 Entwurf)	15%	11%	13%	8%	11%	7%

Grundsatzgespräch mit Innensenator Henkel

dbb berlin kritisiert Besoldungspolitik

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat in dem turnusmäßigen Grundsatzgespräch mit Innensenator Frank Henkel am 15. Mai 2014 die Besoldungspolitik des Berliner Senats scharf kritisiert und Nachbesserungen bei der vorgesehenen Besoldungsanpassung gefordert. Außerdem verlangte Becker die Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge und der Jubiläumszuwendung sowie eine offensive Praxis bei der Gewährung von Leistungsprämien und -zulagen.

Unter Verweis auf die Stellungnahme des dbb berlin zum Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2014/2015 stellte Becker klar, dass die vorgesehene Bezügeerhöhung allenfalls zu einer geringfügigen Einkommensverbesserung führen kann, jedoch keinesfalls die langjährigen, massiven realen Einkommensverluste der Berliner Beamten und Versorgungsempfänger auch nur annähernd ausgleicht. Nachbesserungen – auch um den öffentlichen Dienst des Landes Berlin im immer härteren Nachwuchswettbewerb konkurrenzfähig zu gestalten – seien unerlässlich. (Auszüge aus der Stellungnahme finden Sie auf Seite 4 in dieser Ausgabe.)

Anwärtersonderzuschläge wieder einführen!

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Berliner Landesdienstes bei der Nachwuchsgewinnung wiederherzustellen, forderte der dbb Landesvorsitzende die Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge, insbesondere für den allgemeinen Vollzugsdienst. Die Anwärtersonderzuschläge dienten dazu, erinnerte Becker, dass auch die Ausbildung für die Anwärterinnen und Anwärter einigermaßen finanziell attraktiv war. „Schließlich sollen etwa im Justizvollzugsdienst Menschen gefunden werden, die bereits über eine abgeschlossene Ausbildung verfügen. Diese Kolleginnen und Kollegen haben in der Regel bereits Familien zu ernähren, was mit ca. 850 Euro Anwärtergehalt wohl kaum möglich ist“, so Becker wörtlich. Eine Anpassung der Justizvollzugszulage an die von Polizei und Feuerwehr sei ebenfalls unumgänglich.

Die Senatsverwaltung für Inneres sieht diese Forderung kritisch und verwies auf die anstehende Erarbeitung eines einheitlichen Landesbesoldungsgesetzes, bei der auch eine weitere Prüfung der Zulagen vorgesehen ist. Der dbb berlin wird hierzu ein entsprechendes Forderungspapier erarbeiten und dann in das Gesetzgebungsverfahren mit einbringen. Einen Zeitplan für die Erstellung des Landesbesoldungsgesetzes gibt es allerdings noch nicht. Der dbb

berlin hat bei dem Gespräch auf eine unverzügliche Bearbeitung und Umsetzung gedrängt.

Senator Frank Henkel wies im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Senats zur Personalgewinnung und Personalbindung auf die Verlinkung der dbb Webseite „Die Unverzichtbaren“ mit dem Karriereportal des Landes Berlin hin, die auf Wunsch des dbb berlin erfolgt sei.

Unter dem Claim „Die Unverzichtbaren“ machen in den kommenden fünf Jahren an rund 9.000 Schulen Plakate und Postkarten Werbung für eine Karriere im öffentlichen Sektor und weisen auf das Internetportal zur Kampagne hin, das Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen und einen interaktiven Berufsfinder bietet.

Darüber hinaus wird die Senatsverwaltung für Inneres und Sport 15.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit zur Personalgewinnung bereitstellen.

Restriktiver Umgang mit Leistungsprämien und -zulagen

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kritisierte der dbb berlin, dass die wenigsten Dienststellen des Landes Berlin Leistungsprämien und -zulagen an ihre Beamtinnen und Beamten auszahlen, und zwar insbesondere unter folgenden Vorwänden:

- > „Die Zahlung von Leistungsprämien oder -zulagen würde zu sozialem Unfrieden in den Dienststellen führen“,
- > „Leistungsprämien wurden mangels zusätzlich zur Verfügung gestellter Haushaltsmittel nicht gezahlt“ oder gar
- > „Es hat keinen Anlass für die Gewährung einer Leistungsprämie gegeben.“

(Auszüge aus dem Bericht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport an den Unterausschuss „Produktionshalt und Personalwirtschaft“ des Hauptausschusses.)



Teilnehmer am Grundsatzgespräch waren die stellvertretenden Vorsitzenden des dbb berlin, Bernd Raue, Bodo Pfalzgraf, Monika Opitz, Staatssekretär Andreas Statzkowski, dbb Landesvorsitzender Frank Becker, Innensenator und Bürgermeister Frank Henkel, Detlef Dames (HPR-Vertreter des dbb berlin) und der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin, Ferdinand Horbat (von links).

Ein Rundschreiben der Innenverwaltung an alle Dienststellen, so Staatssekretär Statzkowski, der ebenfalls an dem Grundsatzgespräch am 15. Mai teilnahm, wird in Kürze nochmals auf die Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für besondere Leistungen hinweisen und eine entsprechende Gewährung in den Dienststellen anmahnen. Allerdings sei die dezentrale Ressourcenverantwortung zu beachten. Die Innenverwaltung selbst werde für ihren Geschäftsbereich einen Kriterienkatalog für die Gewährung von Prämien und Zulagen erstellen.

Keine Alternative zur Jubiläumszuwendung

Keine Alternative gibt es für den dbb berlin zur Wiedereinführung der Jubiläumszulage. Die vom Innensenator stattdessen beabsichtigte Gewährung eines freien Tagesverbunden mit der Ausstellung einer Jubiläumsurkunde stieß deshalb auf klare Ablehnung bei den dbb Vertretern, die auch den angeblich zu hohen Verwaltungsaufwand für eine Zulage nicht akzeptieren konnten. Frank Becker argumentierte: „Selbst wenn hier Verwaltungsaufwand entsteht, ist er für 25, 40 oder 50 Jahre Arbeit für das Land Berlin mehr als gerechtfertigt. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird die entsprechende Beschäftigungszeit doch auch gemäß der Vorschriften des

TV-L durch IPV ermittelt. Das ist bei den Beamtinnen und Beamten genauso möglich. Im Übrigen muss für die Gewährung eines freien Tages auch die entsprechende Dienstzeit berechnet werden.“ Senator Henkel sagte dem dbb berlin daraufhin die erneute Prüfung des Vorgangs zu. Der dbb berlin wird seine Forderungen auf Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung erneut in die Fraktionen der Abgeordneten einbringen.

Beihilfavorschriften anpassen

Schließlich verwies der dbb berlin in dem Grundsatzgespräch auf eine Reihe von Beihilfavorschriften, die im Bund bereits in die Beihilfeverordnung aufgenommen wurden, im Land Berlin aber noch nicht. Es handelt sich beispielsweise um Änderungen bei der Pflege, neue, dem Stand der Technik angepasste Hilfsmittel und anzuerkennende Heilpraktikerleistungen. Der Senator sagte eine zügige Anpassung der Berliner Vorschriften zu.

Weitere Themen des Meinungsaustauschs waren Shared Services im Land Berlin, Stellenobergrenzen und die Versorgungsrücklage.

Grundsatzgespräche über allgemeine grundsätzliche Fragen der Dienstrechtspolitik führt der dbb berlin zweimal im Jahr mit dem Innensenator. ■

Staatsdiener am Limit

Der öffentliche Dienst soll effizient, bürgerfreundlich und qualitativ auf hohem Niveau sein. Die Herausforderungen der Zukunft sind ohne gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu bewältigen. Die Grundlagen für leistungsfähige Ämter und Behörden sind deshalb eine gute Ausbildung der Beschäftigten, ein modernes Dienstrecht, Fürsorge und Wertschätzung des Dienstherrn gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das sind pauschale Aussagen, die jeder unterschreiben kann.

Aber wie sieht es mit deren Umsetzung in der Realität zum Wohle von Bürgerinnen und Bürgern aus?

- > Im Interesse der eigenen Sicherheit vermissen Bürgerinnen und Bürger immer wieder die Präsenz der Polizei. Gleichzeitig sammeln die Beschäftigten der Berliner Polizei fortwährend Überstunden an, weil Personal fehlt.
- > Baumaßnahmen können nicht ausgeführt werden, weil Bauämter nicht ausreichend mit qualifiziertem Personal besetzt sind.
- > Baumängel gefährden Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, weil für regelmäßige Kontrollen und die Überwachung von Bauausführungen Fachkräfte fehlen.
- > Immer wieder müssen Dienststellen den Publikumsverkehr einschränken, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlastet sind.
- > Unterricht wird vertretungsweise erteilt oder fällt ganz aus, weil Berlin nicht ausreichend über ausgebildete Lehrkräfte verfügt.
- > Erzieherinnen und Erzieher fehlen, die Kinder und Jugendliche in den öffentlichen Einrichtungen betreuen.

Jahrelang wurde die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ohne Rücksicht auf deren Aufgabenstellung reduziert. Konsequenz des rigorosen Stellenabbaus: Die Arbeit hat sich für immer weniger Personal unzumutbar verdichtet.

Seit Jahren scheidet ein erheblicher Anteil der qualifizierten und erfahrenen Beschäftigten aus Altersgründen aus.

War diese Entwicklung nicht vorausschaubar?

War nicht erkennbar, dass 100.000 Vollzeitäquivalente im Berliner öffentlichen Dienst eine Sparvorgabe ist, die die Arbeitsfähigkeit der Behörden infrage stellt?

War nicht erkennbar, dass mit der bundesweit schlechtesten Besoldung die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung und Schulen infrage gestellt wird?

Wer eine bürgerfreundliche, effiziente und gut funktionierende Verwaltung haben will, kommt ohne ein modernes Personalmanagement nicht aus, zu dem nicht zuletzt auch Fürsorge und Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählen.

Wer engagierte und überzeugte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst gewinnen will, muss die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dazu zählen:

- > ausreichendes Personal,
- > angemessene Besoldung,
- > ein modernes Dienstrecht, das Leistungen anerkennt und fördert,
- > berufliche Perspektiven für alle Beschäftigten,
- > anerkennende Gesten wie zum Beispiel Jubiläumsgeldzuwendungen für langjährige Treue.

Höchste Zeit, dass der Senat von Berlin das Gebot der Stunde erkennt, denn ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ist nicht nur Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt!



Ferdinand Horbat

*Ferdinand Horbat
(stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin)*

dbb berlin und Fachgewerkschaften:

Zu Gast beim Landesparteitag der SPD

Große Präsenz zeigten der dbb berlin und speziell seine Fachgewerkschaft für den kommunalen Landesdienst, gkl berlin, wie schon in den Vorjahren auf dem Landesparteitag der SPD am 17. Mai 2014.



Im Mai – dbb, DPoIG Berlin und gkl berlin beim Landesparteitag SPD

Die gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) informierte die Delegierten und Gäste des Parteitags im Estrel-Convention-Center an einem eigenen Infostand über ihre gewerkschaftspolitische Arbeit. Verteilt wurde insbesondere der aktuelle gkl-Flyer „Berlins Öffentlicher Dienst vor dem Aus?!\“, in dem die längst überfällige Besoldungsperspektive für die Landesbeamtinnen und -beamten aufgezeigt und eine unverzügliche Besoldungsan-

gleichung an die anderen Bundesländer gefordert wird.

Als Ehrengäste nahmen an dem SPD-Landesparteitag für den dbb berlin der Landesvorsitzende Frank Becker, für die gkl berlin die Landesvorsitzende Cornelia Stemmler und für die DPoIG Berlin die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Schumann teil. ■



gkl berlin an ihrem Infostand auf dem Landesparteitag der SPD Berlin: Bernhard Lange, Frank Becker, Kathrin Bley, Cornelia Stemmler und Michael McLaughlin (von links).
Fotos: Christoph Stemmler

Hat Personalmangel den Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt Moabit begünstigt?

dbb berlin begrüßt Sinneswandel bei der SPD

„Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) begrüßt den Sinneswandel innerhalb der SPD Berlin, die sich offensichtlich ihrer Verantwortung für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben bewusst geworden ist und die vorgegebene Zielzahl von 100.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst, an der der Senat immer noch festhält, endlich infrage stellt“, kommentierte der Landeschef des dbb berlin, Frank Becker, die entsprechende Aussage des Landesvorsitzenden der SPD Berlin, Jan Stöß, auf dem Landesparteitag am 17. Mai 2014.

Der dbb berlin hält unverzüglich Neueinstellungen für notwendig, nicht nur, weil Berlin eine wachsende Stadt mit bis zu 30.000 Neuberlinern jährlich ist und in den nächsten Jahren Zehntausende von Beschäftigten in den Ruhestand gehen, sondern auch, weil schon heute das Personal in vielen Dienststellen nicht mehr ausreicht, um seinen Auftrag zur Zufriedenheit zu erledigen. „Man könnte natürlich spekulieren, so Becker abschließend, dass der Ausbruch aus der JVA Moabit mit mehr Personal womöglich nicht stattgefunden hätte.“ ■



Gäste und Delegierte beim Landesgewerkschaftstag des BSBD Berlin



Delegierte des BSBD Berlin

BSBD Landesgewerkschaftstag:

Thomas Goiny wiedergewählt

Der BSBD Berlin hat auf seinem Landesgewerkschaftstag am 16. und 17. Mai 2014 seinen Vorsitzenden Thomas Goiny (46) einstimmig im Amt bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden Thomas Bestmann (55), Jugendstrafanstalt, und Andreas Braun (51), Offener Vollzug Berlin, als stellvertretende Vorsitzende. Neu in die Landesleitung wählten die Delegierten Frank Stolle (47), JVA Heidering, und Birgit Polnik (57) aus der JVA Moabit.

Der wiedergewählte BSBD-Landeschef Thomas Goiny wertete das Wahlergebnis als überzeugenden Vertrauensbeweis und großartige Unterstützung für die künftige Arbeit der Landesleitung: „Das Votum zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, meinte Goiny. „Wir haben in den letzten Jahren eine erfolgreiche politische Arbeit begonnen. Die wollen wir in den nächsten Jahren zum Wohl der Beschäftigten im Justizvollzug gerne fortführen.“ Als entscheidende Aufgabe der neuen Wahlperiode bezeichnete Goiny die gewerkschaftliche Arbeit in den Betriebsgruppen vor Ort.

Bereits in seinen einleitenden Worten zum Auftakt der Veranstaltung hatte der BSBD-Landeschef die hohe Bedeutung des Justizvollzugs unterstrichen, die endlich auch entsprechende Anerkennung und Wertschätzung bei der Politik, den obersten Dienstbehörden und den Behördenleitungen finden müsse. Dem BSBD Berlin gehe es dabei nicht nur um eine finanzielle Besserstellung, sondern auch um den Umgang mit den Beschäftigten im Justizvollzug, der an manchen Stellen sehr zu wünschen übrig lasse. Unter dem Beifall der Delegierten forderte Goiny in diesem Zusammenhang eine intensive Aus- und Fortbildung, um insbe-

sondere Führungskräfte auf den Umgang mit den Mitarbeitern/-innen vorzubereiten.

Zukunftsweisende Personalpolitik gefordert

Deutliche Absagen erteilte der BSBS-Landesvorsitzende den Privatisierungsüberlegungen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz und einem weiteren Personalabbau im Berliner Justizvollzug: „Ich fordere die Politik auf, ihr Heil nicht in der Flucht zu suchen, sondern im Sinne der Beschäftigten eine sinnvolle und zukunftsweisende Personalpolitik zu entwickeln. Dazu gehört auch, dass die Senatsverwaltung gemeinsam mit den Interessensvertretern eine Zukunftsperspektive für den Berliner Justizvollzug entwickelt.“

Im Zusammenhang mit dem neuen Strafvollzugsgesetz, das ab dem Jahr 2015 gelten soll und den Maßstab für das weitere Handeln des Justizvollzuges fest-

legen wird, forderte Goiny klare gesetzliche Bestimmungen für den Umgang mit Inhaftierten und erhöhte Sicherheitsstandards in den Anstalten.

Hochkarätige politische Gäste

Große Beachtung fand der BSBD-Gewerkschaftstag bei der Berliner Politik. Zu den Delegierten sprachen der Staatssekretär für Justiz, Alexander Straßmeir, der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Robbin Juhnke, für die Fraktion der SPD Burgunde Grosse und für Bündnis 90/ Die Grünen der Abgeordnete Dirk Behrendt als justizvollzugspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Weitere Gäste konnte Goiny aus dem gewerkschaftlichen Bereich begrüßen: Für die gkl berlin nahm die stellvertretende Landesvorsitzende Heike Schwarz-Weineck an der Veranstaltung teil und für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft der Landesvorsitzende Peter Liebheit. ■



Erste Reihe: Alexander Straßmeir (Staatssekretär Justiz), Robbin Juhnke (CDU-Fraktion), Burgunde Grosse (SPD-Fraktion) und Dirk Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen (von links)



Die neu gewählte Landesleitung mit Frank Stolle, Thomas Bestmann, Birgit Polnik und Thomas Goiny (aufgrund Krankheit nicht im Bild: Andreas Braun) (von links).

Fotos: Hardy Nauendorf

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Berlin, stellt sich vor

In der Berliner Justiz muss sich etwas ändern!

Wir, die Deutsche Justiz-Gewerkschaft, LV Berlin, organisieren alle Kolleginnen und Kollegen, die in der Berliner Justiz tätig sind, von den Justizbeschäftigten und -beamten bis hin zu Staatsanwälten und Richtern.



Unsere Hauptaufgabe sehen wir nicht in der „großen Gewerkschaftspolitik“. Tarif- und Besoldungsverhandlungen etwa überlassen wir sehr gern unserem Dachverband, dem dbb berlin, den wir allerdings in seinen Anstrengungen voll unterstützen.

Unsere Hauptaufgabe ist es vielmehr, den Kolleginnen und Kollegen im Justizdienst „Hilfestellung“ in allen dienstlichen Belangen zu bieten – und dabei kann sich unsere Erfolgsbilanz durchaus sehen lassen!

Denn wir sind diejenigen, die bei den Personalversammlungen in der Berliner Justiz nicht mit der Wahrheit hinter dem Berg halten, auch wenn manchen Dienststellenleitern dabei schon mal der Kamm schwillt. Wir machen unmissverständlich klar:

- › Es kann nicht sein, dass Kolleginnen und Kollegen des Justizwachtmeisterdienstes immer höherwertigere Arbeit leisten, ohne dafür entsprechend besoldet zu werden. Eine politische Entscheidung muss hier endlich für Gerechtigkeit sorgen.
- › Es kann nicht sein, dass Kolleginnen und Kollegen bei den Strafverfolgungsbehörden seit mehr als zehn Jahren immer mehr Überstunden leisten müssen und an ihre gesundheitlichen Grenzen stoßen, um das erhöhte Arbeitsaufkommen bewältigen zu können. Personalverstärkung ist deshalb überfällig.

› Es kann nicht sein, dass unsere Beamtinnen und Beamten seit Jahren den Landeshaushalt mitsaniieren müssen und sich der öffentliche Dienst bundesweit besoldungsmäßig immer weiter vom Berliner Landesdienst entfernt hat. Mit dem dbb berlin fordern wir den Abbau der Besoldungslücke.

› Es kann nicht sein, dass Bewerber für die Berliner Justiz zu Vorstellungsgesprächen und Aufnahmeprüfungen in den Keller des Kammergerichts geladen werden, um hier, in einer besseren Sperrmüllumgebung, auf ihre Auswahl für eine Tätigkeit zu hoffen, die ihnen aber letztlich in den nächsten ca. 40 Jahren ihres Lebens keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten bieten wird. Wir kämpfen für mehr Wertschätzung und echte berufliche Perspektiven für alle Beschäftigten im Justizdienst.

Diese Beispiele lassen sich endlos fortsetzen und zeigen die enormen Aufgaben, vor denen unsere Deutsche Justiz-Gewerkschaft steht.

Um endlich das zu erreichen, wofür wir angetreten sind, nämlich gut bezahlte, gut ausgestattete Arbeitsplätze und zufriedene Mitarbeiter, bedarf es insbesondere engagierter Mitstreiter. Unterstützen Sie deshalb unsere Lobbyarbeit für die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Justiz.

Weitere Informationen über die DJG Berlin gibt es auf der Homepage <http://www.djg-berlin.eu/>. ■

VBE

Dramatischer Lehrermangel zeichnet sich ab

Alle bisherigen Bemühungen zur Abwendung eines massiven Lehrermangels in der Berliner Schule sind gescheitert. Diese Tatsache wird weder die Senatschulverwaltung noch der Finanzsenator gern zur Kenntnis nehmen. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) stellt fest: Das ist eine Bankrotterklärung!



Auch die Quereinsteiger seien mangels fachlicher und pädagogischer Qualifikation keine Lösung. Wenn zu den Bedingungen, die Berlin bietet, keine ausreichende Anzahl kompetenter Lehrerinnen und Lehrer gefunden wird, müsse das Land Berlin die Rahmenbedingungen verbessern.

Der VBE fordert dazu die Anpassung an Brandenburg, das heißt, die sofortige Verbeamtung und die Erhöhung der Beamtgehälter. Berlin ist das Schlusslicht bundesweit im Gehaltsniveau bei den Beamten und verliert jeden Wettbewerb um junge und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. ■

Philologenverband Berlin/Brandenburg

Sechs Jahre gymnasialer Bildung sind zu wenig!

Der Philologenverband Berlin/Brandenburg (phv) hat den Senat von Berlin aufgefordert, zum Einschulungsalter von sechs Jahren zurückzukehren und Möglichkeiten zu schaffen, dass Schüler länger am Gymnasium lernen können.

Die Verbandsvorsitzende Kathrin Wiencek erklärt hierzu: „Die derzeit gültige Regelung hat sich nicht bewährt. Über 3.000 Rückstellungsanträge bei Erstklässlern und eine enorme Zahl von Rücktritten in der gymnasialen Oberstufe zeigen, dass es so nicht funktioniert.“



Es sei falsch, noch nicht schulreife Kinder einzuschulen beziehungsweise sie im Eiltempo durch das Gymnasium zu hetzen.

„Es ist politischer Wille, den Gymnasiasten nicht – wie den Schülern der ISS – 13 Schuljahre Lernzeit zu ermöglichen,“ so Wiencek weiter, „also muss diese Schieflage auf anderem Wege beseitigt werden. Wenn die Kinder reif genug bei ihrer Einschulung sind, können sie die Grundschulzeit effektiver nutzen und früher zum Gymnasium wechseln.“

Der Philologenverband Berlin/Brandenburg fordert deshalb

- > die Einschulung aller Kinder erst mit sechs Jahren,
- > die Einrichtung von grundständigen Zügen an allen Berliner Gymnasien. ■

Netzwerken – unverzichtbar auch für Gewerkschafterinnen



In einem eintägigen Seminar haben sich am 16. Mai 2014 aktive Frauen der unterschiedlichsten dbb Fachgewerkschaften mit der Bedeutung von Netzwerken für die Frauenarbeit in den Fachgewerkschaften des dbb und des dbb selbst auseinandergesetzt.

Jeder tut es, ob privat beim Sport, in der Familie, bei der Arbeit oder in der Gewerkschaft, das sogenannte Netzwerken oder auch „networken“. Gemeint ist damit der Aufbau, die Erweiterung und die Pflege eines eigenen Kontaktnetzwerks, das die unterschiedlichsten Vorteile bietet, etwa Informationsbeschaffung oder gegenseitige Hilfe. Weil jede Person des Netz-

werkes wiederum Teile ihres eigenen Netzwerkes in das entstehende Beziehungsgeflecht einbringt, erweitert es sich stetig und immer mehr interessante Aspekte und Hilfestellungen können eingebracht werden.

Die Vorteile für die Gewerkschaftsarbeit liegen damit auf der Hand, denn ein gut gepflegtes Netzwerk verhilft gerade auch in der Interessenpolitik zu höheren Erfolgchancen. Die Seminarteilnehmerinnen jedenfalls stellten fest, dass sie zwar alle schon längst in Netzwerken unterwegs sind, diese aber noch verstärken und zielgerichteter ausbauen können. ■

Einsatzbetreuung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft in Berlin

Auch beim DFB-Pokalfinale vor Ort

Alle Jahre wieder stehen die Einsatzkräfte der Bundes- und Länderpolizeien bereit, um in der Bundeshauptstadt zur Walpurgisnacht und am 1. Mai für die Sicherheit zu sorgen. Und alle Jahre wieder steht ebenfalls die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft mit den Betreuungsteams des Bezirksverbandes Berlin/Brandenburg bereit, um den Einsatzkräften mit Kaffee, Kaltgetränken und kleinen Aufmerksamkeiten für ihren Dienst zu danken. Einsatzbetreuung wurde auch beim DFB-Pokalfinale 2014 geleistet. Mag auch das Ergebnis des Spiels die Fanlager spalten, so war völlig unstrittig, dass das Betreuungsmobil der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Bezirksverband Berlin/Brandenburg bei den Polizeikräften von Bund und Land am Olympiastadion gern gesehen war. ■



17. Mai – Internationaler Tag gegen Homophobie und Trans*phobie

Erster Regenbogenkuchenanschnitt in Berlins Innensenatsverwaltung



Bastian Finke, Leiter von MANEO, Innenstaatssekretär Andreas Statzkowski und Robert Schmiel (Hotel Scandic Berlin Potsdamer Platz) beim Regenbogenkuchenanschnitt in der Senatsinnenverwaltung (von links)

„Jeder Mensch hat ein Recht darauf, ein Leben in Würde und unter Achtung seiner Privatsphäre zu führen, ohne Angst vor Gewalt oder Repressalien, Diskriminierung oder Verfolgung – und das gilt auch für homosexuelle und transsexuelle Menschen. Das zu gewährleisten, sehen wir als unsere Aufgabe an“, so Staatssekretär Andreas Statzkowski am 12. Mai 2014 im Bärensaal der Berliner Innensenatsverwaltung. Dort fand an diesem Tage der erste von insgesamt elf Regenbogenkuchenanschnitten statt, eine der vielfältigen Aktionen, die MANEO „Kiss Kiss Berlin“ zwischen dem 12. und 17. Mai an repräsentativen Orten in Berlin durchgeführt hat.

Schon zum 7. Mal mobilisierte MANEO auf diese Weise zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Trans*phobie, der weltweit am 17. Mai begangen wird.

„Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport beteiligt sich gerne an der Aktion Regenbogenkuchenanschnitt, weil sie ein deutliches Zeichen gegen Homophobie, Diskriminierung und Gewalt setzt. Denn das ist uns nicht nur ein Feiertagsanliegen, wie an besonderen Jahrestagen wie dem 17. Mai, sondern auch in unserer täglichen Arbeit ein besonderes Anliegen. Insbesondere in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt wirken wir auf die Gestaltung einer langfristigen und nachhaltigen Präventionsarbeit in Berlin hin und unterstützen und fördern sie“, erklärte

Staatssekretär Andreas Statzkowski, der ebenfalls Grüße von Berlins Innensenator Frank Henkel übermittelte.

Kein Platz für vorurteilsmotivierte Gewalt in Berlin

Das Thema Homophobie, Trans*phobie geht uns alle an! Denn noch immer werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Identität diskriminiert, angegriffen, in zahlreichen Staaten verfolgt und mit dem Tode bedroht. Darauf will der Internationale Tag gegen Homophobie und Trans*phobie weltweit aufmerksam machen.

MANEO, das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin, engagiert sich seit 24 Jahren gegen Homophobie und Hassgewalt und für ein Klima gesellschaftlicher Vielfalt und Solidarität. Als Opferhilfeberatungsstelle unterstützt MANEO Menschen, die in Berlin unmittelbar Opfer von Gewaltstraftaten gegen die sexuelle Orientierung geworden sind. MANEO hat wiederholt mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen gesellschaftliche Solidarität mobilisiert und Zeichen gesetzt.

Homophobie, Trans*phobie und Hassgewalt, jede Form vorurteilsmotivierter Gewalt, so wie auch Antisemitismus und Rassismus, haben keinen Platz in Berlin. ■

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220.

E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Bankverbindung:** Sparkasse Köln/Bonn, BIC: COLSDE 33, IBAN: DE23 3705 0198 0021 0069 03, Commerzbank Berlin, BIC: COBADEFFXXX, IBAN: DE10 1204 0000 0073 3998 00. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 11, gültig ab 1. 10. 2013. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Matthias Hennig (Titel). Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Berliner Präventionspreis 2014 ausgelobt

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt lobt in diesem Jahr zum 15. Mal den Berliner Präventionspreis aus. Mit dem Preis sollen besondere Leistungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention gewürdigt und unterstützt werden.

„Mit dem Berliner Präventionspreis soll auch in diesem Jahr ein Anreiz geschaffen werden, sich gegen Gewalt zu engagieren. Dieses Engagement wollen wir belohnen“, so der Vorsitzende der Kommission, Staatssekretär Andreas Statzkowski.

Der mit insgesamt 12.500 Euro dotierte Preis ist in diesem Jahr dem Thema „Stärkende Lebensräume – Städtebauliche und sozialräumliche Kriminalprävention in Berlin“ gewidmet. Zusätzlich werden insgesamt drei Sonderpreise in Höhe von jeweils 1.000 Euro durch die SECURITAS GmbH Sicherheitsdienste, die Unfallkasse Berlin sowie die Initiative Schutz vor Kriminalität e. V. (ISVK) gestiftet.

Das Preisgeld ist für die Weiterführung beziehungsweise Ausweitung der prämierten Projekte und Maßnahmen bestimmt. Die ausgewählten Projekte werden im Rahmen des Berliner Präventionstages am 24. September im Rathaus Reinickendorf gewürdigt.

An der Ausschreibung des Berliner Präventionspreises können sich Vereine, Verbände, Organisationen, Schulen, Institutionen, Behörden, Initiativen sowie

Praxistipp Straßenverkehr:

Nutzungsausfall nach einem Unfall

Bei einem Unfall muss der Verursacher dem Geschädigten den Schaden zahlen. Aber Achtung: Wenn sich das Sachverständigengutachten oder dann auch die Reparatur verzögern, bekommt das Unfallopfer auch diese Kosten ersetzt.

Versicherungen weisen darauf ungern hin. Meist wird in einem Gutachten schon die voraussichtliche Dauer bis zur Reparatur festgelegt und die gegnerische Versicherung orientiert sich daran. Steht also im Gutachten eine Reparaturdauer von acht Tagen, zahlt die Versicherung für den Nutzungsausfall in dieser Zeit. Aber viele Geschädigte haben einen wesentlich höheren Anspruch und verzichten aus Unwissenheit darauf.

Die Tage bis zur Erstellung eines Gutachtens können nämlich zum Nutzungsausfall dazugezählt werden – besonders, wenn sich der Sachverständige Zeit lässt. Auch wenn es zu unverhofften Schwierigkeiten bei der Reparatur kommt, weil ein Ersatzteil nicht lieferbar ist, geht dies nicht zulasten des Geschädigten. Solche Risiken und das Werkstatttrisiko sind Sache des Unfallverursachers. ■

Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Die Frist zur Einsendung der Bewerbungsunterlagen endet am 15. Juni 2014.

Nähere Informationen enthalten die Bewerbungsunterlagen zum Berliner Präventionspreis 2014, die bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Tel.: 90223.2913/2040/2924) angefordert oder unter www.berlin-gegen-gewalt.de heruntergeladen werden können. ■